

Protokoll

der 56. Delegiertenversammlung vom

Mittwoch, 27. Juni 2018, 18:30 – 20:00 Uhr

im Saal des Grossen Gemeinderates, Rathaus Winterthur, Stadthausstr. 57 / Marktgasse 20

Öffentliche Versammlung

Geschäftsliste:

1. Beschlussfähigkeit / Stimmzähler / Protokoll der 55. DV vom 28. Juni 2017
2. Geschäftsbericht 2017
3. Jahresrechnung 2017 (Anhang 1 der Einladung)
4. Budget 2019 (Anhang 2 der Einladung) mit Ausblick auf anstehende Aufgaben und Veranstaltungen
5. Aktuelles aus dem Vorstand
6. Wahl des Vorstandes
7. Wahl der Rechnungsprüfungskommission
8. Anträge der Delegierten
9. Verabschiedungen

Referat:

„Regionales Gesamtverkehrskonzept und Agglomerationsprogramme“

Markus Traber, Chef Amt für Verkehr

Aktenaufgabe im Sekretariat und auf der Website www.rwu-planung.ch.
Anzeige in den amtlichen Publikationsorganen der Verbandsgemeinden.

Unterlagen:

- Einladung zur 56. Delegiertenversammlung vom 27. Juni 2018 inkl. Geschäftsbericht, Rechnung 2017 sowie Budget 2019.
- Präsentation der Delegiertenversammlung und des Referats

Begrüssung und Programm

Der Präsident Martin Lüdin begrüsst die Delegierten im Namen des Vorstandes zur 56. ordentlichen Delegiertenversammlung und stellt die Traktandenliste vor.

Es liegen keine Anträge von den Delegierten vor.

1. Beschlussfähigkeit / Stimmzähler / Protokoll der 55. DV vom 28. Juni 2017

Der Präsident stellt fest, dass

- die Einladung mit Traktandenliste, Anträgen und Erläuterungen zu den behandelten Geschäften gemäss Art. 24 der Verbandsordnung rechtzeitig an die Delegierten verschickt worden ist,
- die Einberufung der Delegiertenversammlung nach Art. 24 rechtzeitig öffentlich bekannt gegeben worden ist,
- die Unterlagen beim Sekretariat der RWU seit der Zustellung an die Delegierten bis zum Datum der Delegiertenversammlung aufgelegt sind,
- ein Antrag der Delegierten vor der Versammlung fristgerecht eingereicht worden sind.

Entschuldigt haben sich folgende Delegierte:

- Werner Schälchli, Altikon
- Willy Held, Dägerlen
- Markus Kyburz, Dägerlen
- Hans Schär, Dättlikon
- Andreas Leutenegger, Elsau
- Peter Bernhard, Hagenbuch
- Urs Weiss, Illnau-Effretikon
- Bernard Hosang, Lindau
- Max Rütimann, Pfungen
- Dominik Streit, Pfungen
- Beatrix Pfeifer, Rickenbach
- Markus Küng, Turbenthal
- Barbara Günthard-Maier, Winterthur

Stellvertretung:

- Daniel Hungerbühler, Elgg, wird vertreten durch Hansruedi Miethlich

Entschuldigt haben sich folgenden Vorstandsmitglieder:

- Peter Matzinger, Dinhard
- Josef Lisibach, Winterthur

Entschuldigt hat sich folgendes Mitglied der RPK:

- Thomas Schumacher (Illnau-Effretikon)

Als Stimmzählende werden Bettina Huber (Wiesendangen) und Beat Brandenberger (Nefenbach) gewählt.

Gemäss Art. 25 der Verbandsordnung ist die Versammlung beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Delegierten anwesend ist, das heisst mindestens 24 Delegierte. Der Zweckverband der Regionalplanung besteht aus 22 Gemeinden. Jede Gemeinde hat Anrecht auf zwei Sitze, die Stadt Winterthur auf deren vier. Dies entspricht insgesamt 46 Delegierten. Stimmberechtigt sind zusätzlich gemäss Art. 19 der Verbandsordnung der Vize-Präsident und der Präsident (Stichentscheid). Die Delegiertenversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfachem Mehr.

Gemäss der Eingangskontrolle sind 33 Delegierte anwesend. Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Anzahl Stimmberechtigte beträgt 35. Das einfache Mehr beträgt 18.

Das **Protokoll der ordentlichen 55. Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2017** ist beim Sekretariat der RWU aufgelegt und an die Delegierten verschickt worden. Es sind keine Änderungsbegehren zum Protokoll eingetroffen, so dass dieses als genehmigt gilt.

2. Geschäftsbericht 2017

Der Präsident verweist auf den Geschäftsbericht, der mit der Einladung den Delegierten verschickt worden ist.

Er erwähnt insbesondere folgende Ereignisse und Projekte als Ausschnitt aus den Tätigkeiten des Vorstandes:

Planungstätigkeiten:

- Gesamtrevision regionaler Richtplan: Einigungsverfahren zwischen Amt für Verkehr und Stadt Winterthur zum Thema Fusswegverbindungen.
- Regionales Arbeitsplatzgebiet Wiesendangen: Neuauflage bis Ende August 2018 und im November 2018 Gemeindeversammlung.

Vernehmlassungen zu folgenden Geschäften:

- Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse (SIN)
- Sachplan geologischer Tiefenlager
- STEP, Ausbau Bahninfrastruktur 2030 / 2035
- Raumplanungsgesetz, Teilrevision 2. Etappe
- Teilrevision kantonaler Richtplan 2016 und 2017
- Verbundfahrplanprojekt 2018-2019
- Erschliessungsverordnung
- Konzept Halteplätze für Fahrende
- Aktualisierung des Inventars der schützenswerten Ortsbilder von überkommunaler Bedeutung (KOBI)
- Gebietsplanung Unteres Tösstal
- Teilrevision Nutzungsplanung Pfungen
- Zentrumsentwicklung Bahnhof West, Masterplan, Illnau-Effretikon

Verbandstätigkeiten:

- 11 Vorstandssitzungen
- Delegiertenversammlung am 28. Juni 2017
- Revision der Verbandsstatuten
- „Richtplan Region Winterthur und Umgebung umsetzen: eine Daueraufgabe“, Veranstaltung mit Kantonsräten, 26. Januar 2017
- „Update Raumplanung“, Veranstaltung für Behörden, 3. Mai 2017
- „Gewässer als Daueraufgabe“, Veranstaltung für Behörden, 28. Nov. 2017
- Erfahrungsaustausch mit RegioFrauenfeld, 30. Juni 2017
- Erfahrungsaustausch mit Planungsgruppe Zürcher Unterland, 13. Juli 2017
- Erfahrungsaustausch mit Planungsgruppe Weinland, 7. Juli 2017
- Ortsplanungsgespräche in den Gemeinden Brütten, Wiesendangen und Elgg
- 2. Sitzung „Massnahmen Verkehrsplan“, 19. April 2017
- Regionalkonferenz NordOst (RKNO)

Der Präsident bedankt sich bei den Vorstandsmitgliedern, beim Regionalplaner und dessen Stellvertretung und beim Sekretariat für die engagierte Zusammenarbeit.

Der Geschäftsbericht 2017 wird auf Antrag des Vorstands einstimmig angenommen.

3. Jahresrechnung 2017

Der Präsident erläutert die Jahresrechnung 2017. Die Rechnung 2017 schliesst gegenüber dem Voranschlag 2017 mit einem Minderaufwand von Fr. 58'428.05 ab. Die Jahresrechnung 2017 beträgt Fr. 208'571.95. Das entspricht einem Aufwand von Fr. 1.08 pro Einwohnerin und Einwohner.

Folgende Differenzen ergeben sich zwischen Jahresrechnung und Voranschlag:

Minderaufwand:

- Es ist dem Vorstand gelungen, die Anzahl Ressort- und Vorstandssitzungen zu reduzieren.
- Aufwände für die Revision der Verbandsstatuten waren geringer als geplant

- Nachfolgearbeiten zur abgeschlossenen Gesamtrevision des regionalen Richtplans benötigten die vorgesehene Reserve nicht (keine Teilrevision nötig).
- Die Position „Zinsaufwand“ wird ab 2018 aus der Jahresrechnung entfernt, da der Zinsaufwand von der Stadt Winterthur nicht mehr verrechnet wird.

Mehraufwand:

- Büromaterial, Drucksachen, Inserate: Die Kosten für die Festsetzungsdokumente der Gesamtrevision des regionalen Richtplans wurden vom Amt für Raumentwicklung erst Anfang Februar 2017 verrechnet und aus diesem Grund wurde der budgetierte Betrag im 2016 nicht ausgeschöpft, im 2017 dafür übertroffen.
- Kosten für Veranstaltungen werden neu in der Position „Nebenkosten inkl. Veranstaltungen“ verbucht.

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Rechnung nach finanzpolitischen und finanztechnischen Kriterien geprüft und am 27. April 2018 abgenommen. Von Seiten der RPK gibt es keine Einwände zur Jahresrechnung. Sie empfiehlt der Delegiertenversammlung die Annahme der Rechnung.

Der Vorstand beantragt, die Jahresrechnung 2017 zu genehmigen.

Die Jahresrechnung 2017 wird auf Antrag des Vorstands einstimmig genehmigt.

4. Budget 2019 mit Ausblick auf die kommenden Aufgaben

Der Präsident gibt einen Überblick der geplanten Aufgaben und Aktivitäten, die dem Budget zugrunde liegen.

Das Budget 2019 basiert auf dem vorgesehenen Aufwand der erweiterten Aufgaben aufgrund der Neuausrichtung RWU (Ressortorganisation) und den Entschädigungen gemäss Beschluss Delegiertenversammlung vom 27. Juni 2012.

Mit einem Aufwand von Fr. 278'000 und Kosten von Fr. 1.46 pro Einwohnerin und Einwohner ist der Budget 2019 ähnlich dem Voranschlag 2018. Es fallen im 2019 Kosten bezüglich der Teilrevision des regionalen Richtplans an. Das Budget liegt auch im 2019 unterhalb der definierten Bandbreite gemäss Delegiertenversammlung 2012 von Fr 2.- bis 3.-.

Mit Inkraftsetzung der neuen Verbandsstatuten wird auf 1. Januar 2019 auch die Einführung eines eigenen Finanzhaushalts nötig. Hierfür wird zur Bildung von Eigenkapital ein Ertragsüberschuss von 50'000 CHF verwendet. Im Budget 2020 wird ebenfalls zur Bildung von Eigenkapital (voraussichtlich 50'000 CHF) zu erwarten sein.

Der Präsident zeigt in einer Übersicht die zu erwartenden Ausgaben. Insbesondere für Ressortplanungen, der Teilrevision des regionalen Richtplanes sowie Veranstaltungen (Behördenanlässe, Delegiertenversammlung) fallen Kosten an. Die Watchlist 2019 bis 2021 weist auf kommende Aufgaben hin:

Allgemein

- Teilrevision 2019 / 2020

Ressort Siedlung:

- Input für die Optimierung der Planungsinstrumente zur Siedlungsentwicklung nach Innen
- Unterstützung der Gemeinden bei der Entwicklung von Arbeitsplatzgebieten

Ressort Landschaft:

- Erholungsgebiete, Landschaftsförderungsgebiete, Landschaftsvernetzung, Landschaftsschutzgebiete

Ressort Verkehr

- Unterstützung kommunale Umsetzung bisherige Agglomerationsprogramme und Mitwirkung Agglomerationsprogramm 4. Generation
- Einflussnahme bei der Fahrplangestaltung in der regionalen Verkehrskonferenz (RVK)

- Einflussnahme auf Strassenbauprogramm, zum Beispiel Erstellung regionale Verbindungsstrassen und Mitwirkung Zentrumserschliessung
- Mitwirkung bei der regionalen Verkehrssteuerung (RVS)
- Mitwirkung bei Umsetzung der kantonalen Velonetzplanung
- Regionsweit einheitliche Regelung zu den Parkplätzen in BZO
- Abstimmung Siedlung und Verkehr
- Stärkung Güterverkehr

Der Vorstand beantragt, das Budget 2019 zu genehmigen. Die RPK hat das Budget geprüft und empfiehlt der Delegiertenversammlung die Annahme des Budgets 2019.

Das Budget 2019 wird auf Antrag des Vorstands einstimmig genehmigt.

5. Aktuelles aus dem Vorstand

- Teilrevision 2019 / 2020: u.a. Fusswegnetz. Die Gemeinden sind angehalten, ihre Anliegen / Anträge für die Revision des regionalen Richtplanes dem RWU-Vorstand mitteilen.
- Statutenrevision RWU wird auf 1.1.2019 in Kraft gesetzt
- «Einführung in die Raumplanung», Behördenanlass 29. August 2018, 18:30 Uhr

6. Wahl des Vorstands

Für die Mitglieder des Vorstandes und der Rechnungsprüfungskommission gilt – wie für die RWU-Delegierten – eine Amtsdauer von vier Jahren und diese Amtsdauer fällt mit derjenigen der Gemeindebehörden zusammen.

Der Präsident stellt gemäss Wahlvorschlag des RWU-Vorstands die **Mitglieder des Vorstandes** kurz vor:

- **Stefan Fritschi, Präsident**, Stadtrat von Winterthur und Vorsteher vom Departement der Technischen Betriebe (bisher)
- **Katharina Weibel, Vize-Präsidentin**, Gemeindepräsidentin Seuzach
- **Peter Matzinger**, Gemeindepräsident von Dinhard (bisher)
- **Ueli Müller**, Stadtpräsident Illnau-Effretikon (bisher)
- **Christa Meier**, Stadtrat von Winterthur und Vorsteherin vom Departement Bau
- **Georg Brunner**, Gemeindepräsident von Turbenthal
- **Urs Schäfer**, Gemeindepräsident von Schlatt

Bruno Kräuchi (Hettlingen) beantragt, dass Martin Lüdin im Sinne einer Übergangslösung für weitere zwei Jahre das RWU-Präsidium beibehält. Zum einen sei es Tradition, dass das RWU-Präsidium durch eine ländliche Gemeinde und nicht durch die Städte gestellt wird und zum anderen verliere die RWU mit Martin Lüdin eine erfahrene und kompetente Persönlichkeit, die über ein enormes Fachwissen verfüge. Bruno Kräuchi weist darauf hin, dass dieser Antrag zwar der Verbandsordnung widerspreche, eine allfällige Rüge vom Bezirksrat aber während der Übergangsphase hingenommen werden solle. Zudem widerspricht auch die Zusammensetzung der Rechnungsprüfungskommission seit Jahren der Verbandsordnung.

Katharina Weibel (Seuzach) stellt klar, dass sie – falls dieser Antrag mehrheitsfähig sei – der Stadt Winterthur das Vize-Präsidium überlasse.

Martin Lüdin führt aus, dass dieser Antrag bereits im GPV Thema war. Im Sinne einer Übergangslösung stelle er sich zur Wahl zur Verfügung. Auch wenn bei der Visitation des Bezirksrats – ähnlich wie bei der Zusammensetzung der RPK – eine Rüge drohe. Art. 20 der Verbandsordnung sehe nämlich vor, dass die Vorstandsmitglieder des Zweckverbands der Exekutive einer Verbandsgemeinde angehören müssen.

Stefan Fritschi (Winterthur) äussert sich kritisch bezüglich des Vorgehens. Er habe das Amt des Präsidiums nicht gesucht, sondern sei vom RWU-Vorstand angefragt worden, hier einzuspringen und daher sei er entsprechend irritiert über die Diskussion.

Für **Susanne Sorg** (Lindau) ist es nicht wesentlich, ob das Präsidium eine Landsgemeinde oder die Stadt stelle. Das Präsidium sei eingebunden im Vorstand, welcher als Gremium entscheidet. Zudem kritisiert Susanne Sorg, dass man im Vorfeld der Versammlung den Wahlvorschlag des Vorstands nicht erfahren habe. Sie schlägt vor, dem Wahlvorschlag des Vorstands zu folgen.

Thomas Weibel (Dättlikon) beruft sich auf die Verbandsordnung. Diese Statuten sollen nicht leichtfertig übergangen werden. Dabei würde die Glaubwürdigkeit des Zweckverbands leiden.

Bruno Kräuchi (Hettlingen) entgegnet, dass die Verbandsordnung somit auch bei der Zusammensetzung der RPK durchgesetzt werden müsse. Die Landsgemeinden sollen das Präsidium nicht der Stadt übergeben. Die Landsgemeinden sollten sich in der RWU gut vertreten fühlen.

Kurt Nüesch (Zell) fragt nach, welche juristisch Folgen zu erwarten wären. **Martin Lüdin** antwortet, dass wohl eine Rüge des Bezirksrats drohe.

Martin Lüdin erläutert den zeitlichen Ablauf im Vorfeld der Delegiertenversammlung. Am Freitag, 15. Juni 2018 tagte der GPV-Vorstand und am Mittwoch, 20. Juni 2018 der RWU-Vorstand in Abwesenheit von Stefan Fritschi. An dieser Sitzung fasste der Vorstand die obige Wahlempfehlung. Am Donnerstag, 21. Juni 2018 erfolgte die Kontaktaufnahme bei Stefan Fritschi betreffend dem RWU-Präsidium. Am Montag, 25. Juni 2018 machte Stefan Fritschi die Zusage für das Präsidium. Anschliessend erfolgte die Anfrage für das Vize-Präsidium bei Katharina Weibel.

Beat Brandenberger (Neftenbach) stellt fest, dass die Landsgemeinden die Möglichkeit gehabt hätten, das Präsidium zu übernehmen. Hierfür sei allerdings niemand aus den Landsgemeinden zur Verfügung gestanden. Ob dies sich in den nächsten zwei Jahren ändern wird, sei offen. In vier Jahren können die Landsgemeinden das Präsidium ja dann wieder übernehmen.

Marcel Marfurt (Weisslingen) ist der Meinung, dass die Delegierten statutenkonform wählen müssen. Ein Vorstandsmitglied und insbesondere der Präsident müsse ein aktives Exekutivmitglied in einer Verbandsgemeinde sein. Die Stärkung der Landsgemeinden sei wichtig und in der Verantwortung der Landsgemeinden, diese auch wahrzunehmen.

Ruedi Bosshart (Bütten) teilt mit, dass er als RPK-Präsident bei jeder Visitation vom Bezirksrat gerügt werde bezüglich der Statutenkonformität. Der Bezirksrat bescheinigt allerdings auch der RWU bei jeder Visitation ein gutes Zeugnis. Die Delegiertenversammlung habe die Chance, dass das Präsidium noch durch einen Milizpolitiker besetzt werde. Andernfalls übernehme hier ein Berufspolitiker mit Verwaltungsstab. Die Frage der Miliztauglichkeit des Amtes müsse zudem gestellt werden.

Martin Huber (Neftenbach) hält an der Statutenkonformität fest. Das Problem sei allerdings, dass diese Funktion kaum mehr miliztauglich sei. Der zeitliche Aufwand, der ein solches Amt mit sich bringe, lasse sich kaum mit Beruf und Gemeindearbeit vereinbaren. Dies sei die eigentliche Grundproblematik.

Martin Bühler (Ellikon a. d. Thur) war bei den Diskussionen im GPV dabei und stellt fest, dass sich keine andere langfristige Lösung abzeichne und daher auch die Statutenkonformität gewahrt werden müsse.

Urs Schäfer (Schlatt) kritisiert ebenfalls die fehlende Miliztauglichkeit des Amtes. Natürlich sei eine Kontinuität im Vorstand bzw. im Präsidium anzustreben, aber es sei für ihn klar, dass Stefan Fritschi im Amt als RWU-Präsident auch für die Landsgemeinden eintreten wird.

Martin Lüdin fragt in die Runde, ob es spontane Bewerbungen für das Präsidium gäbe, was nicht der Fall ist.

Bruno Kräuchi (Hettlingen) schlägt vor, zuerst über das Präsidium zu befinden und danach je nach Ausgang die restlichen Vorstandsmitglieder zu wählen. Diesem Prozess stimmt die Delegiertenversammlung zu.

Wahl von Stefan Fritschi als Präsident der RWU:

Stefan Fritschi wird auf Antrag des Vorstands mit 23 Stimmen gewählt.

Wahl von Katharina Weibel als Vizepräsidentin der RWU:

Katharina Weibel wird auf Antrag des Vorstands einstimmig gewählt.

Martin Lüdin gratuliert Stefan Fritschi und Katharina Weibel zur Wahl.

Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder:

Die übrigen Vorstandsmitglieder (Peter Matzinger, Ueli Müller, Christa Meier, Georg Brunner, Urs Schäfer) werden auf Antrag des Vorstands einstimmig gewählt.

7. Wahl der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Der Präsident stellt die **Mitglieder des Vorstandes** kurz vor:

- **Ruedi Bosshart, Präsident**, Gemeindepräsident Brütten
- **Thomas Schumacher, Aktuar**, Mitglied Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon
- **Bruno Kräuchi**, Gemeindepräsident Hettlingen

Die Delegiertenversammlung schlägt keine weiteren Kandidaten vor.

Die RPK-Mitglieder werden auf Antrag des Vorstands einstimmig gewählt.

8. Allfällige Anträge der Delegierten

Es sind keine Anträge der Delegierten eingegangen.

9. Verabschiedungen

Martin Lüdin bedankt sich bei **Kurt Roth** (Wiesendangen), **Christoph Ziegler** (Elgg) sowie **Josef Lisibach** (Winterthur) für deren Engagement im RWU-Vorstand. Kurt Roth ist seit 2006 Delegierter, zwischen 2006 und 2009 RPK-Mitglied und seit 2009 Vorstandsmitglied der RWU. Im Ressort Landschaft behandelte er u.a. Themen wie der Naturpark Unteres Tösstal, Landschaftsverbindungen oder auch das Mehrwertausgleichsgesetz. Der Kantonsrat Christoph Ziegler ist seit 2006 Delegierter und seit 2010 im RWU-Vorstand. Im Ressort Infrastruktur befasste er sich u.a. mit der regionalen Verkehrssteuerung und dem Schleichverkehr durch die Region und setzte sich für die Unterführung St. Gallerstrasse ein. Josef Lisibach war seit 2014 im RWU-Vorstand und nahm Einsitz im Ressort Siedlung.

Stefan Fritschi verabschiedet mittels Laudatio **Martin Lüdin** aus der RWU. Stefan Fritschi streicht das grosse Engagement von Martin Lüdin für die Anliegen der ganzen Region hervor. Nicht die kommunalen Interessen seiner Gemeinde standen für Martin Lüdin im Zentrum, sondern immer das Wohl der gesamten Region Winterthur und Umgebung. Für die Regionalplanung sei der Abgang von Martin Lüdin ein grosser Verlust.

Die Delegiertenversammlung verabschiedet Martin Lüdin, Kurt Roth, Christoph Ziegler und Josef Lisibach mit Applaus.

Schlusswort

Martin Lüdin bedankt sich bei den abtretenden Delegierten. Die raumplanerischen Themen seien in einer Gemeinde die wichtigsten. Die Raumplanung sei sehr politisch geprägt und dementsprechend ein bedeutendes strategisches Instrument einer Gemeinde.

Der Präsident erläutert die Umfrage. Die Delegierten werden gebeten, ihre favorisierten Themen für einen künftigen RWU-Behördenanlass zu bestimmen.

| Themen | Punkte |
|--|-----------|
| Bau- und Zonenordnung (BZO) konkret Umsetzungsbeispiele in den Gemeinden (Veranstaltung mit Besichtigung Beispiele - Samstagsveranstaltung) - Verdichtete Bauweise inkl. Etappierung in der Gemeinde - Aufwertung von Dorfkernen | 61 |

| | |
|--|-----------|
| Preisgünstiger Wohnungsbau Möglichkeiten der Gemeinden: – Abgabe von Bauland an geeignete Bauträger (z.B. Genossenschaften) – Verfahren zur Unterstützung von Bauträgern (Verdichtung nach Innen) – Umsetzung und Kontrolle | 39 |
| Agglomerationsprogramm 4. Generation (AP 4) Handlungsbedarf und Handlungsspielraum der Gemeinden: – Vorbereitung von Projekten (Eingaben AP 4) – Umsetzung von Projekten | 58 |

Punktevergabe: 1 Punkt (Thema mit geringster Priorität) bis 4 Punkte (Thema mit oberster Priorität),
 Anzahl Teilnehmer/innen an der Umfrage: 27

Der Präsident weist auf die Rechtsmittel zum Protokoll und den Beschlüssen hin:

- Die Stimmenzähler und der Präsident überprüfen und unterschreiben das Protokoll der heutigen DV bis spätestens am 6. Juli 2018.
- Die Beschlüsse werden am 6. Juli 2018 in den amtlichen Publikationsorganen publiziert, gleichzeitig wird das Protokoll während 30 Tagen öffentlich aufgelegt.
- Zur Berichtigung des Protokolls kann innert 30 Tagen beim Bezirksrat rekurriert werden.
- Gegen die gefassten Beschlüsse kann wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat schriftlich Rekurs erhoben werden.
- Eine Urnenabstimmung (fakultatives Referendum) ist innerhalb von 60 Tagen zu verlangen.

Der Präsident bedankt sich bei den Anwesenden für die Teilnahme an der Delegiertenversammlung. Er lädt alle Teilnehmenden zum Apéro im Foyer und zur Übertragung des WM-Spiels Schweiz-Costa Rica im Saal des Grossen Gemeinderats ein.

Gegen die Verhandlungsführung werden keine Einwände erhoben.

Die Versammlung wird um 20:00 Uhr geschlossen.

Vorankündigung RWU-Termine:

- **Einführung in die Raumplanung: 29. August 2018, 18:30 Uhr**, AXA Auditorium, Superblock Pionierstrasse 3, Winterthur
- Die 56. **Delegiertenversammlung** findet am Mittwoch, **26. Juni 2019, im Saal Grosser Gemeinderat Winterthur, ab 19:30 Uhr** statt.

Referat:**Regionales Gesamtverkehrskonzept (rGVK) und Agglomerationsprogramm 4. Generation, Markus Traber, Chef Amt für Verkehr**

Das regionale Gesamtverkehrskonzept (rGVK) bildet die Basis für auf die Mobilitäts- und Siedlungsentwicklung abgestimmten Massnahmenpakete. Das rGVK dient insbesondere als Grundlage für die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms 4. Generation und baut auf den bisherigen Planungen wie der langfristigen Raumentwicklungsstrategie (LARES), dem kantonalen und regionalen Richtplan, den Agglomerationsprogrammen (AP), dem kantonalen Gesamtverkehrskonzept (GVK) sowie dem städtischen Gesamtverkehrskonzept (sGVK) aus dem Jahre 2011 auf. Der Entwurf des Prüfberichts des Bundes zum AP3 zeigte Handlungsbedarf für eine regionale Betrachtung in der Region Winterthur und Umgebung mit einer sorgfältigen Abstimmung bezüglich Siedlung, Verkehr und Umwelt. Der Planungshorizont für das rGVK RWU ist 2040. Die fachliche Bearbeitung wird Ende 2018 abgeschlossen. In der Projektorganisation sind die Verbandsgemeinden Wiesendangen, Seuzach, Lindau, Hettlingen und Illnau-Effretikon und natürlich die RWU direkt vertreten.

Markus Traber gibt einen Einblick in den aktuellen Planungsstand. Die Analyse des IST-Zustandes, des Referenzzustandes sowie die Potential- und Schwachstellenanalyse sind soweit durchgeführt worden. Als nächste Schritte erfolgen Strategieentwicklung und Entwicklung, Bewertung und Priorisierung konkreter Massnahmen. Diese werden in einen Umsetzungsplan überführt. Von Januar bis März 2019 soll der Schlussbericht dann in den Verbandsgemeinden im Rahmen einer Vernehmlassung diskutiert werden. Bereits Ende August 2018 wird der RWU und damit den Gemeinden ein erster Zwischenstand des rGVK zur Information zugestellt werden.

Markus Traber weist darauf hin, dass einige Massnahmen aus AP1 und insbesondere aus AP2 noch nicht realisiert seien (z.B. ÖV-Hochleistungskorridor, Ausbau Busspuren, Veloschnellrouten, etc.). Im AP3 konnte der Kanton zum Entwurf des Prüfberichts Stellung nehmen und setzte sich entsprechend für einen höheren Beitragssatz ein. Bei diesen Gesprächen mit dem Bund hat sich gezeigt, dass die fristgerechte Umsetzung der Projekte bei der Beurteilung der nachfolgenden AP zunehmend stärker berücksichtigt wird. Mitte 2019 ist der Parlamentsbeschluss zur Mittelfreigabe zu erwarten. Die Massnahmen müssten im Zeitraum 2019 bis 2025 umgesetzt werden. Ab Ende 2019 startet die Erarbeitung des AP4. Die Region und die Gemeinden werden dementsprechend im Laufe 2020 in die Bearbeitung miteinbezogen. Mitte 2021 erfolgt die Einreichung des AP4 beim Bund. Der Zeitraum für den Baubeginn von AP4-Massnahmen ist zwischen 2023 und 2026.

Diskussion

Martin Lüdin bedankt sich bei Markus Traber für die Ausführungen und legt den Delegierten nahe, sich in ihrer Gemeinde vertieft mit den Agglomerationsprogrammen zu befassen.

6. Juli 2018

Der Präsident



Martin Lüdin

Der Sekretär



Dominik Ramp

Die Stimmzähler:



Bettina Huber, Wiesendangen



Beat Brandenberger, Neftenbach

Verteiler:

Delegierte, Vorstandsmitglieder, Gebietsbetreuer, Regionalplaner, Gemeinden, Referenten, Nachbarregionen